

# Frühfranzösisch: Kantone müssen jetzt handeln

Bundesrat Alain Berset will  
die Gemüter beruhigen

Bern Diese Woche hat das Thurgauer Parlament entschieden, Französisch in der Primarschule abzuschaffen. Die Reaktionen waren heftig, die welschen Erziehungsdirektoren zeigten sich in einer Mitteilung «schockiert». Gegenüber der Sonntagszeitung nimmt Bundesrat Alain Berset Stellung. «Der Entscheid des Grossen Rates im Thurgau ist ein Signal in die falsche Richtung», sagte der Innenminister.

Es gelte nun, die Entwicklung in den verschiedenen Kantonen aufmerksam zu verfolgen. Falls sie sich bei der Sprachenfrage nicht einigen könnten, werde der Bund eingreifen, warnt Berset: «Nächstes Jahr ziehen die Kantone Bilanz und der Bundesrat entscheidet danach, ob Massnahmen angezeigt sind.» Die Verfassung gebe «dem Bundesrat die Kompetenz zu handeln.»

Damit spielt Berset auf den Bildungsartikel an, den das Volk 2006 angenommen hat. Dieser erlaubt es dem Bund, die «notwendigen einheitlichen Vorschriften» zu erlassen, sollten die Kantone wichtige Bereiche des Schulwesens nicht harmonisieren. Die Erziehungsdirektorenkonferenz hat den Sprachenstreit für eine Sitzung im Herbst traktandiert.

## In der Romandie fürchtet man einen Domino-Effekt in Deutschschweizer Kantonen

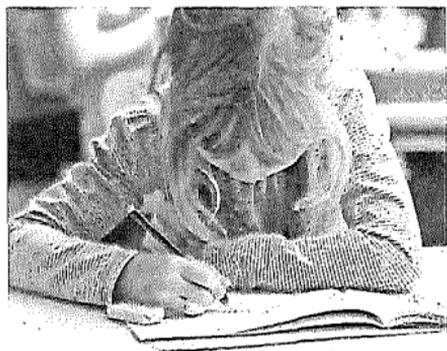
In der Romandie gehen die Wogen derzeit hoch. Die jurassische SP-Bildungsdirektorin Elisabeth Baume-Schneider bezeichnete den Entscheid des Thurgauer Parlaments als «Affront». Sie befürchtet einen Domino-Effekt in den Deutschschweizer Kantonen.

«Die Diskussion ist auf beiden Seiten emotional», sagt Berset. «Es gilt, einen kühlen Kopf zu bewahren.» Tatsache sei aber, dass sich die Kantone vor zehn Jahren auf einen Kompromiss in der Sprachenfrage geeinigt hätten. Dieser sehe vor, dass in der Primarschule eine zweite Landessprache unterrichtet werde. «Diesen Kompromiss gilt es nun einzuhalten», fordert Berset. Der Erwerb einer Landessprache wie Französisch sei nötig für die gegenseitige Verständigung. Die Kantone seien auch dafür verantwortlich,

den «Zusammenhalt des Landes» zu sichern. «Es soll nicht sein, dass wir uns untereinander nur noch in Englisch verständigen können.» Ein Szenario, das für Olivier Maradan, Generalsekretär der Konferenz der Westschweizer und Tessiner Erziehungsdirektoren, «das Ende der Schweiz» bedeuten würde. Simon Widmer

Kommentar — 23

Streit um  
Frühfranzö-  
sisch: Heftige  
Reaktionen aus  
der Romandie



# Von der Heuchelei im Sprachenstreit

Arthur Rutishauser über das umstrittene Frühfranzösisch in den Schulen der Deutschschweiz und Politiker, die deswegen um den Zusammenhalt des Landes fürchten

Wenn in der Deutschschweiz mal wieder über Sinn und Unsinn des Französischunterrichts in den Primarschulen gestritten wird, melden sich immer die Politiker aus der Romandie und beklagen den fehlenden Zusammenhalt der Schweiz. Darauf melden sich die immer gleichen Deutschschweizer Politiker, die ihnen beipflichten. Für mich ist das die pure Heuchelei. Der Zusammenhalt der Schweiz soll davon abhängen, ob unsere Kinder in der Primarschule während zwei bis drei Jahren für zwei Stunden in der Woche spielerisch Französisch lernen oder nicht?

Nimmt man den Lernerfolg aus diesen zwei Stunden zum Massstab, muss es tatsächlich schlimm stehen um den Zusammenhalt der Schweiz. Wer das nicht glaubt, soll einmal versuchen, mit 12-jährigen Kindern französisch zu sprechen oder in Lausanne auf die Strasse gehen und sich dort bei den Kids auf Deutsch durchfragen. Das Resultat ist ernüchternd. Logischerweise, könnte man sagen, denn wer lernt schon spielend eine Sprache mit zwei Stunden Unterricht pro Woche? Wenn schon müsste man den Sprachunterricht intensivieren und einen wesentlichen Teil der Stunden in Französisch abhalten.

Doch dazu fehlt den meisten Primarlehrern die Sprachkompetenz und den meisten Politikern der Mut, weil das eben auch bedeuten würde, dass man sagt, welche Fächer man dem Sprachunterricht opfert. Dann wird es nämlich heikel, dann kann man nicht mehr über den Zusammenhang des Landes parlieren, sondern man muss beispielsweise sagen, Religion braucht es nicht in der Schule, nähren kann man zu Hause und statt Blumen beobachten ist jetzt Vokabellernen angesagt.

Dann, und zwar erst dann, würden die Kinder wirklich Französisch lernen. Und wenn man auch noch das Klassenlager in die andere Sprachregion verlegte, gäbe es einen richtigen Lernerfolg – sonst nicht. Es gibt zahlreiche Studien, die zeigen, dass es kaum einen messbaren Unterschied in der



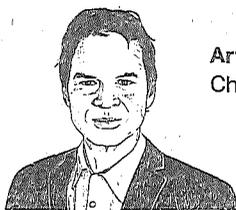
Sprachbeherrschung gibt zwischen Schülern, die schon in der Unterstufe Französisch hatten, und solchen, die erst auf der Sekundarstufe unterrichtet wurden. Auch dass Primarschüler sehr viel einfacher Sprachen lernen, ist eher ein Mythos. Dass der Lernerfolg mit mehr Wochenstunden grösser wird, ist hingegen bewiesen und wird von niemandem bestritten.

Doch dass man im Unterricht mehr Französisch-Lektionen einbaut und ernsthaft versucht, die

*«Es bräuchte eine Einigkeit darüber, welche Fächer für die zweite Fremdsprache geopfert werden müssten»*

Fertigkeiten in der zweiten Landessprache zu verbessern, wird kaum geschehen. Zu laut wäre der Aufschrei der Pfarrer, wenn es um den Religionsunterricht geht, zu vehement würde sich die SVP dafür einsetzen, dass die Mädchen auch weiterhin lernen, wie ein Haushalt geführt wird – auch wenn heute kaum jemand mehr seine eigenen Socken flickt. Und die linke Lehrer-gewerkschaft würde uns beweisen, dass es schädlich ist, wenn Kinder nicht mehr Tiere beobachten können.

Also kultiviert man weiter den Schein der Vielsprachigkeit, beklagt den fehlenden Zusammenhalt des Landes und macht ein Gesetz, das den Französischunterricht zementieren soll, wie dies Innenminister Alain Berset tun will. Zählen sollten jedoch pädagogische Überlegungen. Und es bräuchte eine Einigkeit darüber, welche Fächer für die zweite Fremdsprache geopfert werden müssten. Doch diese Einigkeit gibt es nicht. Das sind die Fakten jenseits der Heuchelei. Und sie sprechen gegen Französisch auf Primarstufe.



Arthur Rutishauser,  
Chefredaktor